

* Privatangestellte und Arbeitskammergesetz. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hatte gestern nach dem Lehrervereinshaufe eine Versammlung einberufen, die sich zu einer großen Kundgebung zur Arbeitskammerfrage gestaltete. Der Versammlung, die von mehr als zwanzig der bedeutendsten Angestelltenorganisationen befehdt war, wohnten u. a. die Reichstagsabgeordneten Dr. Wildgrube für die konservative und Silber Schmidt für die sozialdemokratische Fraktion bei. Der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, Franz Krüger, kennzeichnete den Zweck der Versammlung dahin, daß es gelte, entschiedenen Einspruch zu erheben gegen das soziale Unrecht, die Privatangestellten von der Einbeziehung in das Arbeitskammergesetz auszuschließen, und Einspruch zu erheben gegen die Bestrebungen, die kaufmännischen Angestellten von den übrigen Angestellten zu trennen und für sie besondere Kaufmannskammern zu schaffen. Alle Redner betonten das Recht der Angestellten auf eine den Vertretungen der Arbeitgeber gleichberechtigte öffentlich-rechtliche Interessenvertretung, die übrigens schon vor 30 Jahren versprochen worden sei. Die Angestellten verlangten ihre Unterstellung unter das Arbeitskammergesetz und wollen in dieser Beziehung von den Handarbeitern, mit denen sie die gleichen Arbeitnehmerinteressen verbinden, nicht abgesondert werden. Da es sich bei der Schaffung der Arbeitskammern um eine Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern handele, gehörten Kopf- und Handarbeiter unbedingt zusammen. — Nach einer Aussprache nahm die sehr stark besuchte Versammlung einstimmig eine Entschliehung an, in der schärfster Einspruch gegen die Ausschließung der Angestellten von den Arbeitskammern erhoben wird. Befordert wird ferner, auch die Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe den Arbeitskammern zu unterstellen, da der Ausschluß dieser Gruppen die jetzige sozialpolitische Zerspitterung unter den Angestellten zur Unerträglichkeit steigern würde. Schließlich wendet sich die Erklärung in scharfer Form gegen die Bestrebungen auf Schaffung besonderer Kammern für die kaufmännischen Angestellten.